

Info**service** 

# Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:

Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

# Hallo Wahlkreis!

Liebe Genossinnen und Genossen,

"Manchmal übertrifft die Wirklichkeit den Traum"

Seit Freitag dem 28. März macht "Moritz" unser Familienquartett komplett!

Uns geht es allen Bestens und wir sind dankbar über so viel Glück! Wir werden in den nächsten Wochen unsere Familienzeit genießen und danach sehen wir uns im Wahlkreis bei der einen oder anderen Veranstaltung wieder. Ich freue mich schon auf die Begegnungen mit Euch.

Ganz herzlichen Dank möchte ich allen sagen, die uns in so liebevoller Weise beglückwünscht haben. Darüber waren wir sehr froh. Auch wenn ich im Moment sehr innerhalb der Familie beschäftigt bin, freue ich mich über die gute Arbeit der Sozialdemokraten in Berlin. Darüber erhaltet ihr auch weiter die neuesten Meldungen mit Sabines Woche.

Euch allen ein schönes Wochenende!

Herzlichst eure Sabine

# Berlin

Jakob-Kaiser-Haus Platz der Republik 1

11011 Berlin

# Wahlkreis

Betzdorf Bahnhofstraße 19 57518 Betzdorf

Puderbach Mittelstraße 17 56305 Puderbach Telefon: (0 30) 22 77 74 32 Fax: (0 30) 22 77 64 44 sabine.baetzing-lichtenthaeler

@bundestag.de

Telefon: (0 27 41) 2 54 54 Fax: (0 27 41) 2 74 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk2.bundestag.de

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60 Fax: (0 26 84) 9 57 10 61 sabine.baetzing-lichtenthaeler @wk.bundestag.de

# **Topthema**

#### Mindestlohn, Öffentlicher Dienst – Einkommen steigen

rund zehn Jahren sozialdemokratischer Kraftanstrengung befinden wir uns mit dem von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vorgelegten Tarifpaket auf der Zielgeraden. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro kommt und bedeutet endlich mehr Einkommensgerechtigkeit für volljährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Tarifautonomie und Tarifbindung wird gestärkt. Damit kommt in Rekordzeit das zweite große Reformpaket aus dem Bundesarbeitsministerium.

Rund zehn Jahre haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten an der Seite der Gewerkschaften für die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns gekämpft und uns für verbesserte Regelungen für die Tarifautonomie eingesetzt.

Dass dieses sozialdemokratische Herzensanliegen jetzt für volljährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer umgesetzt wird, ist ein großer Erfolg. Arbeit bekommt ihre Würde zurück – mit einer fairen Bezahlung von mindestens 8,50 Euro, egal ob in Ost oder West und ohne Branchenausnahmen. Die Ausnahme für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten ist ein Kompromiss im Sinne der ganzen Sache.

Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen wurden nach der dritten Runde in Potsdam erfreulich beendet. Rückwirkend zum 1. März 2014 steigen die Tariflöhne in einem ersten Schritt um drei Prozent, dabei in den unteren Lohngruppen mindestens um 90 Euro monatlich.

Zum 1. März 2015 werden in einem zweiten Schritt weitere 2,4 Prozent angehoben. Dieses Resultat liegt höher als viele für möglich gehalten hatten und ist im Sinne der Tarifpartnerschaft und der Tarifautonomie ausdrücklich zu unterstützen.

Die genannte Gehaltssteigerung ist ein gerechtfertigtes Ergebnis für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und war angesichts der marktwirtschaftlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre längst fällig. Dass Bundesinnenminister Thomas de Maizière gestern zeitgleich ankündigte, dem Kabinett die Übertragung des Tarifbeschlusses auf die Bundesbeamten vorzuschlagen, erscheint uns nur folgerichtig. Denn die Losung gilt: Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden. Zum wiederholten Mal hat sich erwiesen: Die Würdigung des öffentlichen Dienstes gründet auf einer kompromissfreudigen Kooperation zwischen Bund und Kommunen auf der einen Seite und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf der anderen Seite. Diese Konstante aufrechtzuerhalten ist ein maßgebliches Ziel in den kommenden Monaten und Jahren.

#### Umwelt

# Klimawandel – Wir müssen dringend handeln

Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer klarer. Wir haben kein Alibi zum Nichthandeln. Immer mehr Menschen werden immer öfter durch auftretende Stürme, steigende Meeresspiegel oder Überflutungen bedroht.

Die Politik muss sich an den Erkenntnissen der Wissenschaft orientieren. Der Klimawandel macht keine Pause. Der Bericht des Weltklimarates, an dem mehr als 1700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mitgearbeitet haben, macht klar, dass wir die Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad verfehlen werden, wenn wir nicht die Anstrengungen im Klimaschutz vervielfachen. Zwar gibt es auch bei einem Temperaturanstieg von zwei Grad erhebliche Gefahren für Natur und Bevölkerung.

Bei einem Anstieg auf mehr als zwei Grad drohen jedoch gewaltige Schäden. Neue Anstrengungen benötigen wir auch in der nationalen Klimapolitik. Wir brauchen ein Sofortprogramm, um unser Ziel von 40 Prozent weniger Treibhausgase im Jahr 2020 zu erreichen sowie einen Klimaschutzplan, um langfristig feste Ziele festzuschreiben. Das Gelingen der Energiewende ist zentral für den Klimaschutz. Wenn uns als Industrienation die Umstellung auf saubere Energiequellen gelingt, wird das weltweit Nachahmer finden.



## **Bildung**

# PISA - Risikogruppen nicht aus dem Auge verlieren!

Ein differenzierter Blick auf die Ergebnisse der Sonderauswertung zur PISA-Studie 2012 zeigt ein erfreuliches Aufholen deutscher Spitzenschüler im internationalen Vergleich. Zugleich bleibt am anderen Ende der Leistungsskala aber auch eine konstant große Risikogruppe junger Menschen, deren Schulleistungen wie Alltagskompetenzen weit unter dem OECD-Durchschnitt liegen. Hier besteht die Gefahr, dass sie langfristig den Anschluss an Ausbildung und Arbeit verlieren.

Wir können nicht zulassen, dass sich dieser Block der Risikogruppe verfestigt. Gerade das Gegenteil ist richtig: in Zeiten des drohenden Fachkräftemangels in Kombination mit einer alternden Gesellschaft muss es für jeden jungen Menschen einen Weg in Ausbildung und Arbeit geben.

Wir kämpfen dafür, dass sogenannte Risikogruppen von der Politik nicht aus den Augen verloren werden: In der Großen Koalition haben wir vereinbart, dass der Übergang von der Schule in den Beruf für leistungsschwache Jugendliche gezielt begleitet wird. Wer keinen Schulabschluss erworben hat, soll mit einem Programm "2. Chance" die Möglichkeit erhalten diesen nachzuholen.

Mit einer Reform des sogenannten Übergangssystems werden wir sichern, dass Jugendliche keine sinnlosen Warteschleifen drehen, sondern gezielte Brücken in Ausbildung und Erwerbsarbeit bauen und erworbene Qualifizierungen für eine spätere Ausbildung anrechnen können.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Koalition steht die Umsetzung der Ausbildungsgarantie im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung, mit der wir jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten, der eine Ausbildung absolvieren will.

#### Seniorenpolitik

## Rente und Pflege – Seniorenpolitik ist viel mehr!

Weltweit wird sich bis 2050 die Zahl der über 60-Jährigen von 810 Millionen auf über zwei Milliarden erhöhen. Damit werden im Jahr 2050 erstmals mehr ältere Menschen auf der Welt leben als Kinder unter 14 Jahren.

Auch in Deutschland wird 2050 jeder dritte Bundesbürger beziehungsweise jede dritte Bundesbürgerin älter als 60 Jahre sein. Angesichts dieser Zahlen muss moderne Seniorenpolitik einen größeren Stellenwert erhalten. Die Alterung der Gesellschaft darf nicht allein mit den Themen Pflege und Rente in Verbindung gebracht werden. Dieser Ansatz greift viel zu kurz, denn die Themen der Seniorenpolitik sind vielfältig.

Die steigende Lebenserwartung erfordert gesamtgesellschaftliche Maßnahmen in nahezu allen politischen Themenfeldern wie der altersgerechten Städtebauförderung, der Förderung von seniorengerechten Produkten und Dienstleistungen sowie dem altersgerechtem Verbraucherschutz.

Nicht zuletzt werden bei der steigenden Lebenserwartung der Menschen altersadäquate Arbeitsbedingungen und die Förderung generationenübergreifender Engagements immer bedeutsamer. Im Koalitionsvertrag der Großen Koalition konnten bereits einige der genannten Maßnahmen mit der Union verabredet werden. Unsere Bundestagsfraktion wird sich dabei aktiv einbringen und mit diesen und weiteren

#### **Bonbon**

"Ich vermisse die FDP. Ich war nie ein Anhänger der großen Koalition und habe immer gesagt, wir sollten sie nur machen, wenn es nicht anders geht, aber anstreben sollten wir sie nicht."

(Wolfgang Schäuble, CDU)

Maßnahmen neuen Schwung in die Seniorenpolitik bringen. Unsere Bundestagsfraktion wird auch in der Seniorenpolitik vorangehen und der Motor der Großen Koalition sein.

Die Bundesseniorenministerin Manuela Schwesig wissen wir an unserer Seite. Wenn wir die demografische Entwicklung erfolgreich meistern wollen, müssen wir diese aktiv und in großer Solidarität der Generationen zueinander gestalten.

#### **Inneres**

#### Doppelte Staatsbürgerschaft – Kompromiss gefunden

Die Optionspflicht für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder wird explizit abgeschafft. Der Justizund der Innenminister haben sich auf einen guten Kompromissvorschlag geeinigt. Dies ist ein großer Erfolg für die vielen jungen Menschen in Deutschland, die sich bisher gegen die Wurzeln ihrer Familie entscheiden mussten, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft nicht verlieren wollten. Der Kompromissvorschlag bietet eine vernünftige praktikable Lösung bei der doppelten Staatsangehörigkeit. Die betroffenenfreundliche Lösung vermeidet bürokratischen Aufwand: In der großen Mehrzahl der Fälle wird das Aufwachsen in Deutschland von der Behörde anhand der Meldedaten mit wenig Aufwand selbst festgestellt. Durch diese Beweislastumkehr müssen die Betroffenen nicht mitwirken. Nur in Ausnahmefällen werden sie von den Behörden angeschrieben. Der Vorschlag internationale Lebensläufe und berücksichtigt europäische Freizügigkeit. In Deutschland aufgewachsen ist, wer acht Jahre in Deutschland gelebt hat, sechs Jahre zur Schule ging oder einen Schul- oder Berufsabschluss hat. Eine im Gesetzesentwurf enthaltene Härtefallklausel für Einzelfallgerechtigkeit. Die Staatsbürgerschaft ist ein wesentlicher Schritt zu einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht. Es ist ein großer Erfolg, dass wir konkrete Verbesserungen für eine Vielzahl von Menschen in Deutschland erreichen werden. Dafür haben wir in den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag den Grundstein gelegt. Der vorgelegte Kompromissvorschlag gewährleistet, dass wir uns im parlamentarischen Verfahren zügig auf eventuell noch zu klärende Details einigen werden.

# Digitale Infrastruktur

# Breitbandausbau – Ehrgeizige Ziele bis 2018

Gerade im ländlichen Raum ist die Versorgung mit schnellem Internet sehr notwendig. Ohne die geeignete Infrastruktur drohen die Dörfer und kleinen Städte abgehängt zu werden.

Es wird jetzt darauf ankommen, dass der Bund und die Länder sich politisch auf eine gemeinsame Linie im Hinblick auf verbesserte Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau und einen zügigen Ausbau von DVB-T2 für den Rundfunk verständigen.

Je schneller DVB-T2 umgesetzt wird, desto eher können freiwerdende Frequenzen für den Breitbandausbau genutzt werden, damit die ehrgeizigen Breitbandziele der Bundesregierung bis 2018 umgesetzt werden.

Diesen Prozess wird unsere Bundestagsfraktion aktiv unterstützen

#### **Termine**

Moritz ist zur Welt gekommen. Im Moment füllen er und meine Familie den Kalender.

Nach der Mutterschutzzeit freue ich mich wieder auf Termine mit Euch!!!